



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 03. Juni 2022 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

nach unserer Verfassungsordnung und im Kontrast zu europäischen Nachbarstaaten wie Frankreich ist der Föderalismus ein hohes Gut in unserem Staatsaufbau. Wie kaum ein anderer Politiker unserer Zeit hat insbesondere der in dieser Woche aus dem Amt geschiedene Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier dieses Prinzip mit Engagement und Herzblut verfochten. Er wird nicht nur als das Ideal eines Landesvaters beschrieben, sondern prägte über die Grenzen Hessens hinaus die Bundespolitik in seinen unterschiedlichen Funktionen maßgeblich mit. Ihm gilt mein Dank für starke, besonnene und verbindende Regierungsführung in herausfordernden Zeiten. Mit seinem Nachfolger, Ministerpräsident Boris Rhein, wird ein verdienter und erfahrener Landespolitiker auch in die Bundesangelegenheiten hineinwirken. Denn: Die Landesregierungen sind ausweislich des Kompetenzkataloges unseres Grundgesetzes ebenfalls an der Bundesgesetzgebung beteiligt. Über ihre Zugehörigkeit zum Bundesrat sind diese mit ihren Zustimmungs- bzw. Einspruchskompetenzen damit dem zweiten legislativen Verfassungsorgan auf Bundesebene angehörig.

In dieser Funktion und in voller Unterstützung für den kooperativen Geist in unserer föderalen Staatsverfassung freue ich mich gemeinsam mit meinen hessischen Kolleginnen und Kollegen aus der Landesgruppe der CDU Hessen im Deutschen Bundestag sehr auf die Zusammenarbeit mit dieser neuen Landesregierung.

Einen Lichtblick und ein positives Beispiel der parteiübergreifenden Zusammenarbeit stellt auch die in dieser Woche erzielte Einigung zum Bundeswehr-Sondervermögen dar. Dieses Sondervolumen wird einen Umfang von 100 Milliarden Euro haben und konnte dank unserer Verhandlungsführer einem unserer Kernanliegen Rechnung tragen: Es kommt ausschließlich der Bundeswehr zugute. Weniger erfreulich ist allerdings die allgemeine Haushalts- und Finanzpolitik der Bundesregierung. Mangelnde Prioritätensetzung und Schulden anstelle von Stabilität kennzeichnen diesen Entwurf, der aus unserer Sicht eine vertane Chance darstellt. Auch das Zaudern des Bundeskanzlers in der Ukraine-Politik erfährt in dieser Woche seine traurige Fortsetzung.

Herzlichst, Ihr Markus Koob



Schwerpunkte der Woche | 30. Mai - 03. Juni 2022

- Dank an Hessens Ministerpräsidenten a.D. Volker Bouffier
- Bundeshaushalt 2022
- Bundeswehr-Sondervermögen



Volker Bouffier hört als Ministerpräsident von Hessen auf.

Der 70-jährige Volker Bouffier ist in dieser Woche nach einer Abschiedsserenade in Wiesbaden aus dem Amt des Ministerpräsidenten ausgeschieden. 50 Jahre Politik, davon 40 Jahre in unterschiedlichen Ämtern und drei Landesregierungen unter seiner Führung – eine beeindruckende Bilanz. Ich habe Volker Bouffier als bürgernahen Vollblutpolitiker kennengelernt, der auch bei uns im Hochtaunus gerne seine Leidenschaft und seinen Elan versprüht hat. Ihm gelten mein großer Dank und meine Anerkennung für seinen Dienst, sein Engagement und seine Leistungen für das Land und die Partei. Ich bin überzeugt, dass er mit seiner Art des Umgangs in und zwischen den Parteien sowie seiner jovialen und den Menschen zugewandten Art von uns sehr vermisst werden wird.

Standpunkt:

Ich finde, der hessischen CDU ist erneut ein (Zwischen-)Erfolg gelungen, den ich mir auch auf Bundesebene in den letzten drei Jahren gewünscht hätte. In lebhafter und engagierter Diskussion nach innen und geschlossener und einmütiger Entscheidung nach außen wurde ein Generationenwechsel eingeleitet, der beispielhaft und stilbildend ist. Diese hessische CDU hat damit die Weichen gestellt für eine Landtagswahl, bei der es darum gehen wird, an die Erfolge von Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein anzuknüpfen. Mit Boris Rhein ist damit eine ausgezeichnete Personalwahl für die Nachfolge im Amt des Ministerpräsidenten getroffen und damit eine wichtige Grundlage geschaffen. Hessen als Bundesland bleibt als eines der zentralen Verkehrsdrehkreuze Europas und als einer der drei zentralen wirtschaftlichen Motoren und Triebwerke der Bundesrepublik Deutschland (zugleich als Geber-Land im Länder-Finanz-Ausgleich) ein Gliedstaat von Gewicht und Einfluss. Umso wichtiger bleibt: Es muss auch in der Zukunft von den richtigen Leuten und politischen Kräften regiert werden. •

Bundeshaushalt 2022 – Schulden statt Stabilität.

Diese Sitzungswoche stand vollständig im Zeichen der Haushaltsdebatte. Die Ampel-Koalition hat für das laufende Jahr eine Etat-Planung mit einem Volumen von fast 500 Milliarden Euro vorgelegt. Davon sollen etwa 140 Milliarden durch neue Schulden finanziert werden. Die CDU-/CSU-Fraktion erkennt die dreifachen Herausforderungen unserer Zeit an: Die Pandemiefolgenbekämpfung, die Eindämmung des Klimawandels und die Auswirkungen des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges. Aber aus unserer Sicht ist eine Neuverschuldung nicht in diesem Ausmaß erforderlich, sie könnte auf 50,8 Mrd. anstelle der 140 Mrd. gesenkt werden. Daher haben wir gegen den Regierungsentwurf gestimmt und lehnen die Pläne des FDP-Finanzministers und SPD-Kanzlers ab.

Standpunkt:

Es gehört zu den meistdiskutierten philosophischen Fragen im Verhältnis von Amt und Person: Wer prägt was? Im Falle des Bundesfinanzministers Christian Lindner, den auch viele bürgerliche Wählerinnen und Wähler für einen Sachwalter finanzieller Stabilität und solider Haushaltsführung hielten, scheint die Frage nun beantwortet. Für die ständig zutage tretenden Differenzen in der Koalition muss der Bundeshaushalt durch eine ausgebaute Schuldenfinanzierung erhalten. Sehr schade! Gerade in Zeiten der höchsten Inflation seit Jahrzehnten hätte es echter Prioritätensetzung und gezielter Entlastungsmaßnahmen bedurft, statt der undifferenzierten Ampel-Gießkanne. •

Einigung zum 100. Mrd.- Sondervermögen für die Bundeswehr.

Die Einrichtung des „Sondervermögens Bundeswehr“ kommt. Am Wochenende einigten sich die Verhandlungsführer meiner Fraktion mit den Ampel-Koalitionären über Inhalte und Umsetzung des geplanten Sondervermögens. So wurde auch vereinbart, neben dem Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro künftig mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung auszugeben. Am heutigen Freitag wurde das Sondervermögen dann unter Erreichung der erforderlichen 2/3-Mehrheit des Bundestags beschlossen.

Standpunkt:

Ich begrüße diese Einigung ausdrücklich und bewerte sie als gelungenes Beispiel für eine parteiübergreifende Zusammenarbeit in dieser für unsere Außen- und Sicherheitspolitik zentralen Frage. Meine Fraktion unterstreicht durch ihren Beitrag auch, dass wir unsere Rolle als konstruktive und lösungsorientierte Opposition im Deutschen Bundestag ernstnehmen. Meine Fraktion ist vor allem angesichts der Erfüllung unserer sechs Hauptpunkte, mit denen wir in die Verhandlung gegangen sind, äußerst zufrieden. So werden die 100 Milliarden Euro ausschließlich den Streitkräften zur Verfügung stehen. Die Beschaffungsvorhaben werden in einem Wirtschaftsplan aufgelistet und der Haushaltsausschuss wird die Ausgaben überwachen. Das es sich um ein schuldenfinanziertes Sondervermögen handelt, wird zudem ein Tilgungsplan erstellt. •

Im Gespräch mit dem ukrainischen Parlamentspräsidenten.

In einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Auswärtiges und Europa konnten wir an diesem Donnerstag den Präsidenten des ukrainischen Parlaments, der Werchowna Rada, Herrn Ruslan Stefantschuk, begrüßen. Neben Bundestagspräsidentin Bärbel Bas nahmen auch der ukrainische Botschafter Andrii Melnyk sowie der Abgeordnete Serhii Taruta, der den Wahlkreis Mariupol in der Werchowna Rada vertritt, an dieser besonderen Sitzung teil.

In seinen Eingangsworten betonte Stefantschuk, dass sein Land nicht als „russische Kolonie oder Pufferzone“ enden, sondern „Teil der europäischen Architektur“ sein wolle, wofür ihm die Abgeordneten stehenden Applaus spendierten. Klar sei für ihn auch, dass die Ukraine kein beschleunigtes Verfahren zur EU-Mitgliedschaft erwarte, sondern die Kopenhagener Kriterien zur Aufnahme erfüllen wolle.

Ausdrücklich dankte er Deutschland für seine politische, finanzielle und militärische Unterstützung sowie für die Aufnahme von rund 800.000 Geflüchteten, mahnte aber gleichzeitig aber auch mehr Tempo bei den Waffenlieferungen an. Jeder Kriegstag koste rund hundert ukrainischen Soldaten das Leben, etwa 500 würden täglich verletzt, hinzu kämen die unzähligen zivilen Opfer.

Besonders bewegend waren die Schilderungen des Abgeordneten Serhii Taruta aus Mariupol. Die Stadt am Asowschen Meer wird mittlerweile nach langem und heldenhaftem Kampf, von Russland besetzt. Er berichtete von den „barbarischen Taten“ der russischen Streitkräfte, die seinen Schätzungen zufolge mindestens 50.000 Zivilisten das Leben gekostet haben, darunter tausend Kinder. Die Stadt sei zu einem Friedhof geworden, er selbst habe viele Freunde und Verwandte verloren.

Standpunkt:

Diese besondere Ausschusssitzung gehörte sicherlich zu den bewegendsten in meiner bisherigen Mandatszeit. Wie mein Kollege Gunter Krichbaum in seiner Stellungnahme namens unserer Fraktion, möchte auch ich betonen: Ohne Wenn und Aber unterstütze ich einen EU-Kandidatenstatus sowohl für die Ukraine, als auch Georgien und Moldau. Gleichzeitig kann ich die tief sitzende Enttäuschung über die zögerlichen und zu langsamen Waffenlieferungen nachvollziehen. Ich stimme dem Präsidenten der Rada zu, wenn er sagt: Die Ukraine muss den Krieg, den sie auch für die Freiheit Europas – unsere Freiheit – führt, gewinnen. Dazu braucht sie schnellstens moderne und effiziente Waffen – hier ist die Bundesregierung gefordert! •

